

Jörg Roesler

Zwei deutsche Staaten auf einen Schlag

Politische und wirtschaftliche Startbedingungen von Bundesrepublik und DDR

1. Zwei gleichberechtigte Staatsgründungen oder nur eine wirkliche?

Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer mit der erforderlichen absoluten Mehrheit (202 von 402 Stimmen) zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Am 7. Oktober 1949 wurde Otto Grotewohl mit der Bildung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beauftragt. Diese Daten gelten gemeinhin als Gründungsdaten für den westdeutschen bzw. den ostdeutschen Staat. In jüngeren Veröffentlichungen werden für die Bundesrepublik auch gern andere Daten genannt, die nach Meinung der Historiker besser geeignet sind, den demokratischen Charakter der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland zu unterstreichen. Verwiesen wird oft auf den 24. Mai 1949, dem Tag, als das Grundgesetz, welches Verfassungscharakter trug, in Kraft trat. Bezug genommen wird auch gern auf die erste Bundestagswahl, die am 14. August 1949 stattfand. Doch auch wenn wir uns allein auf diese Daten beziehen würden, änderte sich wenig an der dichten Aufeinanderfolge der Entstehung beider deutscher Staaten. So wurde die »Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik« am 18./19. März 1949 angenommen. Am 15./16. Mai 1949 fanden die Wahlen zum III. Deutschen Volkskongress statt. Der wählte aus seinen Reihen den Deutschen Volksrat, der sich wiederum am 7. Okto-

ber 1949 zur Provisorischen Volkskammer, dem ersten DDR-Parlament konstituierte.

Es verwundert nicht, wenn der Bielefelder Deutschland-Historiker Christoph Kleßmann aus der engen zeitlichen Abfolge der Gründungsdaten beider deutscher Staaten die Schlussfolgerung zog, es habe sich um eine »doppelte Staatsgründung« gehandelt und dementsprechend den ersten Band seiner in den 1980er Jahren erschienen deutschen Nachkriegsgeschichte betitelt.

Diese so nahe liegende Charakteristik des Gründungsgeschehens in Deutschland wird heutzutage von den Mainstream-Historikern der vergrößerten Bundesrepublik angegriffen. Einer von ihnen ist der (West-) Berliner Historiker Henning Köhler. Er schreibt in seiner 2002 veröffentlichten deutschen »Jahrhundertgeschichte«: »Eine ›doppelte Staatsgründung‹ habe 1949 stattgefunden, hat ein sozialdemokratischer Historiker in den achtziger Jahren festgestellt, als dem Zeitgeist gehorchend, Teilung und Zweistaatlichkeit als unabänderliche Gegebenheiten im Westen weithin anerkannt und sogar gerechtfertigt schienen. Eine solche These (ist) mit Entschiedenheit zu verneinen.«

Worin haben sich dann aber die einander in ihrem Ablauf so ähnlichen Gründungsprozesse unterschieden? Köhler gibt

dem Leser darüber bereitwillig Auskunft: »Der Vergleich mit Westdeutschland zeigt den Unterschied. Im Sommer 1949 wurde die Bundesrepublik auf westalliierte Initiative als demokratischer Staat gegründet, nachdem das Grundgesetz ausgearbeitet und gebilligt worden war und die ersten Wahlen eine breite Zustimmung zu dieser Demokratiegründung ergeben hatte. Ganz anders lagen die Verhältnisse in der Sowjetzone. Das war keine Staatsgründung aus eigener Kraft, sondern die Etablierung einer Marionettenregierung, die den Willen des Volkes ... befürchten musste.«

Ähnlich wie Köhler argumentiert der Berliner Historiker Heinrich August Winkler im Band II seiner »Der lange Weg nach Westen« betitelten »Deutschen Geschichte.« Keinen Anlass, von Kleßmanns Vorstellung abzugehen, sah dagegen der (Ost-) Berliner Deutschlandhistoriker Ralf Badstübner, als er – auf Kleßmanns Publikation anspielend – 1999 sein Buch »Vom ›Reich‹ zum doppelten Deutschland« veröffentlichte.

Den Leser muss der Wechsel in der Sicht auf die Entstehung der Bundesrepublik bzw. der DDR zwangsläufig missverständlich stimmen. Denn wenn Kleßmanns Darstellung »dem damaligen Zeitgeist gehorchend« zustande kam, dann fragt er sich, welchem Zeitgeist gehorchend die heutige Mainstream-Ansicht über die

Unvergleichbarkeit beider Staatsgründungsvorgänge zustande kam? Existierte womöglich noch eine dritte Wahrheit über die Entstehung von DDR und BRD? Diese Fragen versucht dieses Kontrovers-Heft

zu beantworten. Dabei wird so vorgegangen, dass der Vorgang der Entstehung von »zwei Staaten auf einen Schlag« nicht einfach bewertet, sondern auf der Grundlage von historischen Tatsachen und Zusam-

menhängen argumentiert wird, die es dem Leser erlauben sollen, sich seine Meinung selbst zu bilden. Die Fragen am Ende des Heftes sollen ihm helfen, die von ihm gewonnene Auffassung zu akzentuieren.

2. Die Staatsgründungen unter politischem Aspekt

Es ist sicher zweckmäßig, zunächst einmal näher auf die Thesen derjenigen Historiker einzugehen, die die heute dominierende Auffassung vertreten, dass man nicht von einer doppelten Staatsgründung sprechen könne. Publikationen mit dieser Auffassung werden dem Leser, der sich dafür interessiert, was vor 60 Jahren geschehen ist, zuerst in die Hände fallen, wenn er sich kundig machen will. Einige dieser Bücher haben durch preiswerte Lizenzausgaben der Bundeszentrale für politische Bildung weite Verbreitung gefunden.

Hier seien zunächst die wichtigsten Thesen der Anhänger der Auffassung von der Unvereinbarkeit eines Vergleichs der Gründungsaktivitäten in beiden deutschen Staaten genannt:

1. Im Westen erfolgte die »Staatsgründung aus eigener Kraft«, im Osten entstand dagegen eine »Marionettenregierung« der Sowjets.
2. Im Westen entstand die BRD als demokratischer Staat: Ein Grundgesetz wurde ausgearbeitet und gebilligt, erste Wahlen ergaben eine breite Zustimmung zum Projekt Bundesrepublik, aus denen dann die erste Bundesregierung hervorging. »Gänzlich anders als in den Westzonen verlief der Gründungsprozess in der sowjetischen Besatzungszone«, argumentiert Köhler, Winkler nennt die Bundesrepublik »die zweiten Demokratie« und bezeichnet die Deutsche Demokratische Republik als »zweite Diktatur auf deutschem Boden«.
3. Während die Gründungsväter der Bundesrepublik an bewährte Traditionen in der deutschen Politik und Wirtschaft anknüpfen konnten, wurde dem Osten ein den deutschen politischen Traditionen völlig fremdes Regime aufgezwungen. Bei Köhler liest sich das so: »Die DDR war ein Staat ohne Wurzeln in der deutsche Geschichte, ein Staat dessen Gründung vor allem auf den Interessen der Besatzungsmacht be-

ruhte. Diese pflanzte ihm ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System auf, das jedoch den politischen Traditionen und der Wirtschaftsstruktur in diesem Land vollkommen widersprach. Ihre deutschen Kollaborateure hatten vor 1933 nur einen marginalen Teil der deutschen Gesellschaft repräsentiert.«

4. Im Westen kam es zu einer Staatsgründung mit gesamtdeutschen Ansprüchen, d. h. mit Blick auf eine Vereinigung des Gebiets aller Besatzungszonen in einem Staat, im Osten traten nach Köhler »die gesamtdeutschen Ansprüche völlig zurück.«

Diese Argumente laufen darauf hinaus, dass es sich in Nachkriegsdeutschland – um Badstübner zu zitieren – um eine »normale, kontinuierliche und quasi selbstverständliche Entwicklung vom Reich zur Bundesrepublik« gehandelt habe, »verbunden mit einer angeblich kommunistischen Sonderentwicklung der sowjetischen Besatzungszone«. Inwieweit verträgt sich diese Argumentation mit den historischen Tatsachen? Der Leser ist eingeladen, sich

seine Meinung zu bilden, in dem die angeführten Argumente Punkt für Punkt an den historischen Tatsachen gemessen werden.

1. Die Rolle der Deutschen und der Besatzungsmächte in der Vorbereitung der Staatsgründungen

Unbestritten ist: Die Alliierten hatten in ihren jeweiligen Zonen die oberste Regierungsgewalt. Alle Schritte, die die Westdeutschen bzw. die Ostdeutschen in Richtung Gründung eines Staates unternahmen, mussten von »ihren« Besatzungsmächten gebilligt werden. Aber wer gab den Anstoß, die Deutschen oder die Alliierten? Wer wurde zuerst aktiv?

»Am 1. Juli 1948 überreichten die Militärgouverneure Frankreichs, Großbritanniens und der USA den elf westdeutschen Ministerpräsidenten in Ausführung der Londoner Empfehlungen drei Dokumente«, können wir bei Georg Fülberth in seiner »Deutschen Geschichte seit 1945« nachlesen: »1. Den Vorschlag, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen; 2. die Anregung, die Ländergrenzen zu überprüfen; 3. Grundsätze eines künftigen Besatzungsstatuts«. Auf die »Londoner Empfeh-



Die Militärregierung der Bizone

lungen« hatte sich eine Konferenz der drei westlichen Alliierten und der Beneluxstaaten geeinigt, die von Ende April bis Anfang Juni in der britischen Hauptstadt getagt hatte. Den Ministerpräsidenten der Westzonenländer wurden die Empfehlungen in Frankfurt am Main übergeben, dem Sitz des amerikanischen Militärgouverneurs. Sie hießen nun auch nicht mehr »Empfehlungen«, sondern »Frankfurter Dokumente«, um klar zu machen, dass es zu den Kernaussagen in den Konferenzbeschlüssen kein »Wenn und Aber« gab. Wenn Winkler über die Reaktion der Ministerpräsidenten schreibt: »Vom 8. bis 10. Juli berieten diese ... bei Koblenz über die Vorlage« und damit den Eindruck erweckt, man habe dazu Stellung nehmen, diesen oder jenen Bestandteil akzeptieren oder ablehnen können, dann fährt er einfach schön.

Den Ministerpräsidenten der 11 Länder gelang es lediglich in Koblenz gegenüber dem tonangebenden amerikanischen Militärgouverneur Clay durchzusetzen, dass die auszuarbeitende Verfassung den Namen Grundgesetz erhalten sollte, um deren provisorischen Charakter (gegenüber einer späteren Verfassung für Gesamtdeutschland) kundzutun. Aus dem gleichen Grunde nannte sich das mit der Ausarbeitung der Verfassung beauftragte Gremium von Parlamentariern auch »Parlamentarischer Rat« und nicht »Verfassungsgebende Versammlung.«

Anders als Winkler ist Köhler, was das Verhältnis der höchsten Repräsentanten der Westzonen zu ihren Militärgouverneuren betrifft, erstaunlich kritisch. »Die schroffe Aufforderung der Besatzungsmächte an die westdeutschen Ministerpräsidenten, gefälligst einen Staat zu gründen, steht einmalig da«, heißt es in seiner »Jahrhundertgeschichte«. Und weiter: »So kam es zu der eigenartigen Situation, dass die Westdeutschen einen Staat gründen sollten, den sie gar nicht wollten.« Gleichzeitig hatten die bundesdeutschen Politiker zu schlucken, dass sich die Alliierten weiterhin die Entscheidungen in der Außenpolitik, bei der Kontrolle über das Ruhrgebiets und über die Reparationen vorbehielten.

Der französische Politologe und Publizist Alfred Grosser wies in seiner Festrede vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des 60. Jahrestages der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 6. September 2008 darauf hin, dass »vor dem Grundgesetz die Westmächte ein Besatzungsstatut verabschiedet hatten, das dem neuen Staatsgebilde kaum Befugnisse zugestanden hatte, noch nicht einmal das Recht, eine Außenpolitik mit diploma-



Otto Grotewohl (1894–1964)

tischen Vertretern zu haben. Das geschah erst im März 1951.«

Die Westmächte ließen die neue Regierung auch so spüren, dass es sich bei den Vertretern der deutschen Regierung noch nicht um gleichberechtigte Partner handelte. Von westdeutschen Historikern wird in diesem Zusammenhang gern die »Teppichszene« beschrieben: Als sich das Kabinett Adenauer den ehemaligen Militärgouverneuren und nunmehrigen Hohen Kommissaren der drei Westmächte in deren Residenz auf dem Petersberg bei Bonn zum ersten Mal vorstellte, wagte Adenauer den Schritt auf jenen Teppich, auf dem die Hohen Kommissare standen, um auf diese Weise den Wunsch nach einem Verhandeln auf gleicher Augenhöhe mit den ehemaligen Besatzungsmächten zu demonstrieren. Erst 1955 wurde die Bundesrepublik fast vollständig souverän.

Auch im Osten waren die Vorstellungen der Besatzungsmacht für den Weg zum eigenen Staat maßgebend. Otto Grotewohl, damals einer der Co-Vorsitzenden der SED, hatte am 30. Juni 1948 bekannt, »dass die Ausrichtung unserer Partei ... sich eindeutig und ohne jeden Vorbehalt nach dem Osten zu orientieren hat«. Jedoch gab die sowjetische Besatzungsmacht keine »Empfehlungen« oder »Dokumente« zur baldigen Staatsgründung im Osten Deutschlands vor. Derartige Fragen wurden mündlich geregelt, wenn die SED-Spitze in Moskau bei der Sowjetführung antrat. Mit der Gründung der DDR wurde die Militäradministration in eine Kontrollkommission umgewandelt. »Die Aufgabe

der Sowjetischen Kontrollkommission«, hieß es in einer Erklärung, »besteht in der Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den vier Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland«. Ob im Osten bei der Staatsgründung die »Teppichfrage« überhaupt stand? Die Antwort lautet: »Nein«. Als sich Otto Grotewohl am 11. November 1949 im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst vorstellte, begrüßte ihn der Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht, Generalmajor A. G. Kotikow, auf dem Teppich. Erst 1955 wurde die DDR fast vollständig souverän.

2. Politische Legitimation der Verfassungsgebende Versammlungen und die Verabschiedung der Verfassungen

Die Aufgabe, den Westzonen, ein Grundgesetz zu geben, übertrugen die Ministerpräsidenten der 11 Länder zunächst einem »Verfassungskonvent«, der vom 10. bis 23. August 1948 in Hohenchiemsee tagte. Jedes der Westzonenländer konnte in das Gremium zwei Sachverständige entsenden. Dieses »Expertengremium ohne politische Legitimation«, so Kleßmann, einigte sich auf die Grundzüge der bundesrepublikanischen Verfassung. Die Ergebnisse von Hohenchiemsee dienten dem ab 1. September 1948 tagenden Parlamentarischen Rat als Grundlage seiner Arbeit. Der Parlamentarische Rat besaß eine abgeleitete politische Legitimation, da die gewählten Landtage der Bundesländer in ihn Abgeordnete entsprechend dem Parteienproporz delegiert hatten. Zunächst war deshalb vorgeschlagen worden, die Vertreter der verfassungsgebenden Versammlung, die Parlamentarischer Rat genannt wurde, zu wählen. Doch dieses Element der direkten demokratischen Mitbestimmung war von den 11 Ministerpräsidenten verworfen worden.

Manche Abgeordnete verspürten anfangs eine »schauderhafte Gewissensqual«, eine Verfassung zu vollenden, die nur für einen Teil Deutschlands Geltung erlangen sollte, d. h. dazu beitragen würde, Deutschland zu spalten. Was sie nicht zur Kenntnis nehmen wollten: Die Spaltung Deutschlands war 1948 bereits weitgehend Realität.

Unerfreulich waren für die Abgeordneten auch die wiederholten Konflikte mit den Alliierten, die ihr im Besatzungsstatut niedergelegtes Recht unterstrichen »auf Weisung ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen, wenn sie dies als we-

sentlich erachten ... zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsreform in Deutschland ...«. Am 8. Mai 1949 war es dann so weit. Das Grundgesetz wurde mit den Stimmen der CDU, SPD und FDP angenommen, je zwei Vertreter der Liberalen, des Zentrums und der KPD lehnten es aus unterschiedlichen Gründen ebenso ab wie die sechs CSU-Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Die Alliierten stimmten am 12. Mai zu, am 23. Mai 1948 wurde das »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland« durch die Vertreter der Länderparlamente offiziell in Bonn verkündet.

Im Osten Deutschlands war die Ausarbeitung einer Verfassung in die Hände des Deutschen Volkskongresses gelegt worden. Seine Mitglieder waren teils von Parteien und Massenorganisationen bestimmt, teils auf öffentlichen und Betriebsversammlungen ausgewählt worden. Die überwiegende Zahl der Delegierten kam aus der SBZ. Der Vorsitzende der Ost-Liberalen, Wilhelm Külz, hat seinerzeit den 1. Deutschen Volkskongress als »höchst zufällig zusammengedrängt« kritisiert. Der zweite Volkskongress tagte im März 1948 und beschloss die Konstituierung eines »Deutschen Volksrates«. Ein vom Volksrat gebildeter Verfassungsausschuss wurde mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs beauftragt, der Mitte April 1948 seine Arbeit aufnahm und nach Expertenanhörungen Ende Juli 1948 eine »Verfassungsrichtlinie« als Grundlage für die weitere Ausarbeitung der Verfassung annahm. Der Verfassungsentwurf wurde dann Ende Oktober 1948 dem 2. Deutschen Volksrat vorgelegt. Der 3. Deutsche Volkskongress, der im Mai 1949 zusammentrat, wurde anders als seine Vorgänger nach einer Einheitsliste gewählt. Die Stimmabgabe war verbunden mit einer Volksabstimmung über die Frage: »Willst Du die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden?« Von den gültigen Stimmen wurden 66,1 % als Ja- und 33,9 % als Nein-Stimmen registriert. In den Augen

der Ostparteien, von CDU bis SED war der Volkskongress damit politisch eindeutig legitimiert. Am 30. Mai stimmte er bei einer Gegenstimme dem Verfassungsentwurf zu. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte mit Blick auf die schon fortgeschrittenen Arbeiten an der westdeutschen Verfassung wiederholt zur Eile gedrängt.

3. Die Berücksichtigung deutscher politischer Traditionen

Sowohl das »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland« als auch die »Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik« knüpften an die Weimarer Verfassung, vor allem bezüglich des Grundrechtokatalogs, an und setzten sich mit ihr in einigen Punkten auch kritisch auseinander. Allerdings hatte die verfassungsgebende Versammlung von 1919 ungeachtet der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg ohne jede Einmischung von außen arbeiten können. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates einigten sich auf eine gegenüber der Weimarer Verfassung stärkere Legislative. Das geschah sowohl auf Kosten der Stellung des Staatspräsidenten als auch auf Kosten von Elementen der direkten Demokratie sowie der Nutzung von basisdemokratischen Institutionen wie Volksbegehren und Volksabstimmungen über wichtige politische Fragen. Die Abgeordneten stärkten die verantwortliche Regierung gegenüber den (im Bundestag vertretenen) Parteien durch die Einführung eines »konstruktiven Misstrauensvotums«, um den Sturz des Bundeskanzlers zu erschweren. Gestärkt wurde auch der föderative Charakter des Landes. Die Eigentumsrechte wurde garantiert. Seine Sozialpflichtigkeit festgeschrieben. Bewusste Anlehnungen an die amerikanische Verfassung enthielt das Grundgesetz nicht.

Auch die ostdeutsche Verfassung zeigte nach Kleßmann »starke Anklänge an die Weimarer Verfassung«. So beschlossen die Abgeordneten einen umfassenden Grundrechtokatalog. Mit Artikel 6 (Boykotttätze)

und Artikel 92 (Übertragung des Blockprinzips auf die Regierungsbildung) setzte sich die DDR-Verfassung aber zugleich von Weimar ab. Die Eigentumsrechte wurden in der Verfassung garantiert, auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hingewiesen, ein »öffentlicher Wirtschaftsplan« festgeschrieben. Die Vertreter von CDU und LDPD im Verfassungsausschuss des Deutschen Volksrates verhinderten, dass die Verfassung »die Möglichkeit verankerte, die antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse in Richtung Sozialismus weiterzuentwickeln.« Einen Hinweis auf die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei enthielt die DDR-Verfassung demzufolge nicht. Bewusste Übernahmen aus der sowjetischen Verfassung von 1936 (die so genannte Stalinische Verfassung) unterblieben.

4. Die gesamtdeutschen Bezugnahmen bei den Staatsgründungen

Die Staatsgründungen erfolgten jeweils in einem Teil des Gebietes, dessen Grenzen die Potsdamer Konferenz festgelegt hatte. Der Vorwurf des Separatismus der von den beiden deutschen Regierungen nach ihrer Gründung wechselseitig erhoben wurde, war insofern gerechtfertigt. Jede der beiden Regierungen wies allerdings zugleich den Vorwurf des Separatismus mit dem Hinweis zurück, dass der Beitritt zum eigenen Staat dem anderen Teil Deutschlands offen stehe. Die bundesrepublikanische Verfassung regelte die Aufnahme weiterer deutscher Länder über die Beitrittsbestimmungen gemäß dem (bis 1990 so geltenden) Artikel 23. Die Verfassung der DDR war von vornherein als gesamtdeutsche Verfassung konzipiert worden, die provisorisch erst einmal nur für das Gebiet zwischen Elbe/Saale und Oder Gültigkeit erlangte. Nach Artikel 146 des Grundgesetzes blieb die Ausarbeitung einer endgültigen gesamtdeutschen Verfassung im Falle einer künftigen Wiedervereinigung einem aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzten demokratisch legitimierten Gremium überlassen.

3. Die Staatsgründungen unter wirtschaftlichem Aspekt

Die Mehrzahl der Historiker neigt dazu, die Staatsgründungen allein aus politischer und verfassungsrechtlicher Sicht zu beschreiben. Das ist jedoch nur ein Teil der historischen Wahrheit. Die beiden Staatsgründungen, die die Spaltung Deutschlands bewirkten, hatten auch ihre ökonomische

Seite. Wie wichtig die sein kann, hat sich gerade bei der Aufhebung dieser Spaltung im Jahre 1990 gezeigt. Die wirtschaftliche Vereinigung vollzog sich zusammen mit der Währungsunion entsprechend einem zum 1. Juli 1990 in Kraft tretenden Staatsvertrag. Der Einigungsvertrag, der am 3. Ok-

tober 1990 Gültigkeit erlangte, vollendete lediglich, wozu der Staatsvertrag den entscheidenden Grundstein durch die Übernahme der marktwirtschaftlichen Ordnung der BRD gelegt hatte. Die Komplikationen, die sich für die letzte DDR-Regierung aus der wirtschaftlichen Einheit ergaben, ließ sie

Sichert den Frieden!

Aufruf der Sozialistischen Einheitspartei, der Liberal-Demokratischen Partei, der Christlich-Demokratischen Union und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes des Landes Sachsen zum

Volksentscheid

über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes

Nach den kühnen Taten, die der Hiltfahrig über das deutsche Volk gebracht hat, ist es eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, das den Krieg- und Naziverbrechern die materiellen Mittel genommen werden. Um die künftige Arbeit des Volkes und den demokratischen Aufbau nunmehr zu sichern, ist die Enteignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher zur nationalen Notwendigkeit geworden.

Die sozialistische Besatzungsbehörde hat die von ihr in großer Zahl beschlagnahmten und enteigneten Betriebe von Kriegsverbrechern sowie älteren Verfechtern der feindlichen Kriegspolitik

dem Volke zur Verfügung

gestellt. Die Besatzungsbehörden haben damit den demokratischen Selbstverwaltungsorganen die Möglichkeit gegeben, zu entscheiden, was mit diesen Betrieben geschehen soll. Wir würdigen diese Haltung als einen Akt besonderer Menschlichkeit. Nunmehr ist es Aufgabe des Volkes selbst, dafür zu sorgen, daß diese Betriebe in den Dienst der Befriedigung der Lebensbedürfnisse des Volkes gestellt werden. Die in der Einheitsliste zusammengeschlossenen drei antifaschistischen Parteien und die Gewerkschaften haben die Durchführung des Volksentscheides bei der Landesversammlung beantragt. Durch den Volksentscheid soll zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Betriebe für immer den künftigen Aufbau dienen sollen. Sie sollen niemals mehr für die feindseligen Zwecke der Kriegsverbrecher ausgenutzt werden.

Wir haben die Landesverwaltung ersucht, den Termin für den Volksentscheid festzusetzen auf den

30. Juni 1946

Volksentscheid über Enteignung der Kriegsverbrecher in Sachsen

auf eine rasche Vollendung der politischen Einheit drängen.

Aber muss das Gewicht der wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge immer so groß (gewesen) sein wie 1990? Der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser, Verfasser einer »Deutschen Wirtschaftsgeschichte seit 1945« bejaht die Frage, wenn er schreibt: »Deutsche Geschichte ist seit 1945 vor allem Wirtschaftsgeschichte. Nichts hat den westdeutschen Staat stärker geprägt als eine wirtschaftliche Entwicklung, ... Aber auch der aus der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene zweite deutsche Staat hatte sein Schicksal von Anfang an eng mit der Verheißung wirtschaftlichen Erfolgs verknüpft.«

Unter wirtschaftlichem Aspekt war der Beginn der deutschen Nachkriegsgeschichte zunächst erfreulicher als unter politischen. Administrativ war Deutschland gemäß den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945 in vier Besatzungszonen geteilt. Jede Besatzungsmacht herrschte souverän über ihr Territorium. Wirtschaftlich sollte Deutschland aber als Einheit betrachtet werden. Zwar kamen die geplanten deutschen Zentralverwaltungen unter Staatssekretären für Finanzen, Transport, Verkehr, Außenhandel und Industrie wegen eines französischen Vetos nicht zustande. Aber es gab erstens Abkommen über »Interzonenhandel«. Zölle und Abgaben wurden für Warenlieferungen, die die Zonengrenzen passierten, nicht erhoben. Deutschland als wirtschaftliche Einheit war zweitens auch als Reparationseinheit zu verstehen. Da die Sowjetunion durch die nationalsozialistische Kriegsführung weit mehr Schaden erlitten hatte, als die Westalliierten Frankreich und

Großbritannien, wurde sie auf der Potsdamer Konferenz berechtigt, Demontagegüter nicht nur in ihrer Zone sondern auch aus den Westzonen, vor allem dem Ruhrgebiet, zu beziehen. Drittens gab es gemeinsame Vorstellungen über die zukünftige Wirtschaftsstruktur Deutschlands. Ein Industrienniveauplan zur Begrenzung der deutschen Wirtschaftskraft, vor allem bezogen auf die Schwerindustrie, der für alle Zonen galt, war 1946 von den vier Alliierten beschlossen worden. Auch hinsichtlich der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse herrschte zwischen den Besatzungsmächten zunächst weitgehend Übereinstimmung. Der Grundbesitz sollte enteignet werden (Bodenreform) und die großen Konzerne zerschlagen werden (Dekartellisierung).

Bei der US-Regierung und auch bei der britischen Regierung fand aber im Verlaufe des Jahres 1946 ein Umdenken dahingehend statt, begründet damit, dass die bisherige Kooperation mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse für die USA und England zu unerwünschten und nachteiligen Ergebnissen geführt habe und somit nicht mehr ihren Interessen entspräche. Anfang 1947 wurde der amerikanische Außenminister Byrnes durch George Marshall abgelöst. Anstelle des besiegten und besetzten Deutschland erschien von nun an die Sowjetunion als Hauptgefahr. Ihr unterstellte man, dass sie gegenüber Westeuropa expansive Absichten hege. Um diese zu vereiteln, wurde im März 1947 die so genannte Truman-Doktrin verkündet, die die USA-Regierung auf eine antikommunistische Eindämmungspolitik verpflichtete. Mit Blick auf die damals starken kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien beschwor man in Washington und London die Gefahr, dass ein wirtschaftlich schwaches und verelendetes Westeuropa dem Kommunismus anheim fallen könnte. Diese Gefahr sah man auch für Deutschland. In einem bri-

tischen Geheimpapier wurde sogar vom »Kommunismus am Rhein« geschrieben. Als notwendig wurde ein rascher Wiederaufbau mit Hilfe von Finanzspritzen und Warenströmen aus den USA betrachtet. So kam der Marshallplan zustande. Er war das ökonomische Pendant zur Truman-Doktrin. Die Westzonen waren schon deshalb nicht aus dem Marshallplan auszuschließen, weil ein Wiederaufbau Westeuropas ohne Produktionsankurbelung auch im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet nicht möglich schien. Folglich wurden der Industrienniveauplan aufgekündigt, die Entflechtung der Konzerne nicht weiter betrieben, das britische und amerikanische Besatzungsgebiet im Januar 1947 zur Bizone vereinigt, im Juni ein Wirtschaftsrat als oberstes deutsches Organ des »Vereinigten Wirtschaftsgebietes« geschaffen und der im Februar 1948 durch einen Verwaltungsrat, dem de facto Wirtschaftsministerien unterstanden, ergänzt. In der amerikanischen Entnazifizierungspolitik trat ein Wandel ein. Im Frühjahr 1948 kam es zu einer Entlassungswelle aus Internierungslagern. »Kleine Nazis« wurden nicht mehr behelligt. (In der DDR wurde im November 1949 »kleinen Nazis« das aktive und passive Wahlrecht zurückgegeben).

Als der Marshallplan im Juni 1947 verkündet worden war, wurden pro forma auch die Sowjetunion und anderen osteuropäische Länder aufgefordert, ihm beizutreten. Tatsächlich widersprach seine Zielstellung den sowjetischen Interessen an einem Friedensvertrag mit den Siegermächten besiegelt werden sollte. Nur so glaubte sich die Sowjetunion gegenüber einer deutschen militärischen Bedrohung abgesichert. An der deutschen Wirtschaftseinheit hielt die sowjetische Seite schon deswegen fest, weil sie so ihren Anspruch auf Reparationen aus den Westzonen aufrecht erhalten konnte. Ungeachtet dessen musste die Sowjetunion



Neues Geld für die Berliner Wertzonen

auf die im Westen geschaffenen Tatsachen reagieren. Im Osten Deutschland setzte die sowjetische Besatzungsmacht im Juni 1947 die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) ein. Seit Februar 1948 übte sie de facto die Funktionen einer Wirtschaftsregierung für die SBZ aus.

Der entscheidende Schritt zur Schaffung eines abgeschlossenen Wirtschaftsgebietes erfolgte in Westdeutschland Ende Juni 1948 mit Durchführung einer Wirtschafts- und Währungsreform. Eine Währungsreform hatten die vier Alliierten – bereits als sie Deutschland noch als wirtschaftliche Einheit betrachteten – für unbedingt notwendig gehalten, um den gewaltigen, durch die nationalsozialistische Kriegsfinanzierung geschaffenen Geldüberhang abzubauen. Ohne eine stabile Währung war ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschland auf Dauer nicht möglich. Nunmehr wurde der notwendige Währungsschnitt seitens der drei Westalliierten ohne Absprache mit der UdSSR vollzogen. Die Währungsreform lag in alleiniger Verantwortung der Besatzungsmächte. Sie wurde zeitlich gekoppelt mit einer von Ludwig Erhard, dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, ausgearbeiteten und vom amerikanischen Militärgouverneur Clay gebilligten Wirtschaftsreform. Diese beendete ein bürokratisches Bewirtschaftungssystem, das durch Elemente der Planung und Verteilung der Produktions- und Konsumgüterproduktion auf der Grundlage administrativ gebildeter Preise gekennzeichnet war, durch den Übergang zu (überwiegend) freier Preisbildung, d. h. durch die Wiederherstellung des marktwirtschaftlichen Systems auf der Basis privater Wirtschaft.

Beides, die neue Währung und vor allem die Entscheidung für die Wiederherstellung kapitalistischer Verkehrsverhältnisse mussten die Westzonen wirtschaftlich eindeutig von dem in der Ostzone weiterhin geltenden Bewirtschaftungssystem trennen. Die westdeutsche Währungs- und Wirtschaftsreform bedeutete die endgültige Absage an den gesamtdeutschen Nachkriegskonsens, den Badstübner so charakterisiert hat: »Die Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist, war in Deutschland wohl nie so mehrheitsfähig wie in der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft in den Anfangsjahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges.« Erhards »Leitsatzgesetz« stellte auch einen Affront gegen Gewerkschaften und SPD dar, die damals eine stark mit planwirtschaftlichen Elementen durchsetzte Wirtschaft und Mitbestimmung in der Wirtschaft auf Betriebs-

Landes- wie auch zentraler Ebene befürworteten.

Möglich wurde Erhards Alleingang durch die Vollmachten, die er als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft im Wirtschaftsrat besaß. Die ihm verliehenen außerordentlichen Vollmachten wurden seinerzeit in der westdeutschen Öffentlichkeit mit Skepsis aufgenommen. Die »Süddeutsche Zeitung« gab ihrem Bericht über Erhards Wirtschaftsreform – auf das Jahr 1933 anspielend – die Schlagzeile »Ein wirtschaftliches Ermächtigungsgesetz«. Die »Frankfurter Rundschau« schrieb von »bedenklichen Wegen im Wirtschaftsrat« und erinnerte: »Wir haben schlechte Erfahrungen in Deutschland gemacht mit solchen Blankovollmachten.« Durch die Presse geisterte das Wort vom »wirtschaftlichen Diktator«. Erst eine spätere, Erhards Durchsetzung marktwirtschaftlicher Regulierung verherrlichende Geschichtsschreibung hat aus dem Direktor für Wirtschaft den »liberalen«, sogar den »wohlmeinenden Diktator« gemacht und beschrieben, wie er, »ohne Kanzler, Kabinett, Partei, Fraktion, Parlament oder Verbände fragen zu müssen, einfach das tat, von dem er wusste, es sei richtig«.

Erhard selbst fochten weder die Schelte der SPD, noch die schlechte Presse, die er für sein Vorgehen bekam, an. Er wollte nicht, dass seine Deregulierungsmaßnahmen durch irgendwelche gewerkschaftlichen Mitentscheidungsorganen beschnitten oder durch SPD-Interessen repräsentierende Beratungsgremien zerredet würden.

Erhard hatte jedoch seine Rechnung ohne die Bevölkerung Westdeutschlands gemacht. Die weniger Bemittelten merkten sehr bald, dass ihnen für den Erwerb der nunmehr in den Schaufenstern zu Schau gestellten und ohne Karten zu erwerbenden Lebensmittel und anderen Verbrauchsgüter das notwendige Geld fehlte, weil sie erstens durch die Währungsreform ihre

Ersparnisse fast vollständig verloren hatten und zweitens die freigegebenen Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgüter rasch in die Höhe schnellten. Bereits im Juli, dem ersten Monat nach der Währungsreform, waren 42 % der Bevölkerung laut Meinungsumfragen der Auffassung, dass ihr Leben schwieriger geworden war. Betrachteten sie sich als Verlierer, so sahen sie auf der anderen Seite die Gewinner von Währungs- und Wirtschaftsreform: Die Sachbesitzer, die ihr Vermögen behalten hatten und es durch Produktionsausweitung und Preiserhöhungen rasch vermehren konnten. Nach einer Meinungsumfrage vom Juli 1948 beklagten 79 % der Westdeutschen, dass einige Gruppen überproportional bei der Währungs- und Wirtschaftsreform gewonnen hätten. Unter den »Währungsgewinnlern« nannten 62 % der Befragten Kaufleute, 38 % benannten Fabrikanten und 20 % ganz allgemein die »Kapitalisten«. Es kam seit September 1948 in vielen Städten, von Kiel bis München, zu Teuerungsunruhen. Sie gipfelten am 28. Oktober 1948 in den »Stuttgarter Vorfällen«. Um die dortigen Straßenproteste zu unterdrücken sah sich der amerikanische Militärgouverneur Clay veranlasst, Panzer gegen Demonstrierende einzusetzen. (Ähnlich massiv reagierten die sowjetischen Besatzungstruppen in Städten Ostdeutschlands auf die Straßenproteste des 17. Juni 1953). Die »Stuttgarter Vorfälle« und ein für den 12. November von den Gewerkschaften nach längerem Zögern angesetzter Generalstreik in der Bizone, an dem sich mehr als neun Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten, ließen Clay und den CDU-Chef Konrad Adenauer darauf dringen, dass Erhard staatlich subventionierte, preisgünstige Produktionen anschob, wodurch die freie Marktwirtschaft sozialer wurde. Erhard beugte sich, wenn auch widerwillig und sprach von »sozialverpflichteter Marktwirtschaft«.

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, so scheint es auf den ersten Blick so, als ob dort viel eher, schon zwei Jahre vor Erhards Wirtschaftsreform, die Herausbildung einer abgesonderten Wirtschaftseinheit innerhalb Deutschlands begonnen habe. Bereits im Herbst 1945 war in der SBZ eine Bodenreform beschlossen worden, die die Enteignung und die Aufteilung des Grundbesitzes über 100 Hektar bestimmte. Im Juni 1946 war in der Ostzone nach einem positiv ausfallenden Volksentscheid in Sachsen (77,6 % Ja-Stimmen) die Enteignung der Konzerne als Mittel zur Bestrafung der »Kriegsverbrecher und Naziaktivisten«



Ludwig Erhard (1897–1977)



Plakat zur Bodenreform

Tatsache geworden. Doch ist zu berücksichtigen, dass im Juni 1946 auch in der Hessischen Verfassung ein Artikel 41 festgeschrieben wurde, der die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in öffentliches Eigentum verlangte. Die von Seiten der amerikanischen Besatzungsmacht geforderte gesonderte Abstimmung über Artikel 41 führte zu einer 72 % igen Zustimmung der Abgeordneten des Hessischen Landesparlaments. In den Ländern der britischen Zone, in der zunächst keine Verfassungen ausgearbeitet wurden, brachten Abgeordnete von SPD und KPD Sozialisierungsinitiativen ein. Was die Bodenreform in der SBZ betrifft, in deren Vollzug alle Wirtschaften über 100 ha enteignet wurden, so weist Fülberth darauf hin, dass es sich »insofern nicht um eine ökonomische Spaltung Deutschlands handelte, als landwirtschaftlicher Großgrundbesitz im Westen weit weniger verbreitet war. Die agrarische Eigentumsstruktur im Osten ist durch die Bodenreform eher derjenigen der westlichen Besatzungszonen angeglichen worden, wo 95,9% (französische Zone) bzw. 95,1% (amerikanische Zone) der Gesamtnutzfläche von Betrieben mit einer Größe von unter 100 Hektar bewirtschaftet wurde. Selbst in der britischen Zone waren es noch 93,9%. Auf dem Gebiet der DDR hatte dieser Anteil vor der Bodenreform nur 70,3% betragen, nach der Bodenreform dagegen 95 %.

Es bleibt also festzuhalten: Der entscheidende Schritt zur endgültigen Aufhebung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und zur Entstehung zweier Binnenmärkte innerhalb des Vierzonengebietes ist durch die von den drei Westalliierten und von Er-

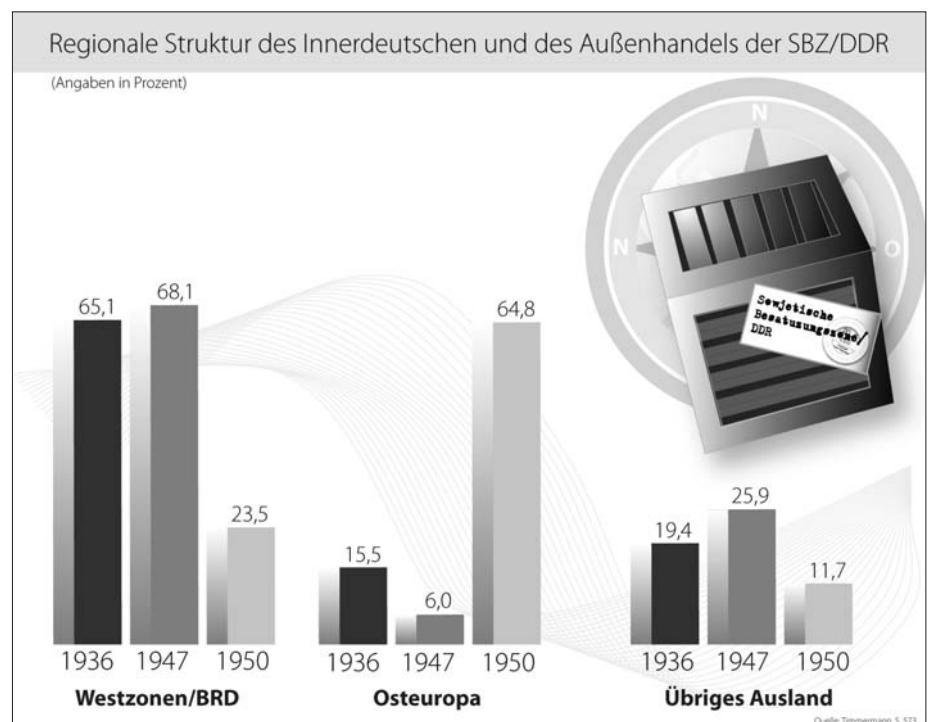
hard zu verantwortende Währungs- und Wirtschaftsreform vollzogen wurde. Schon um eine Überschwemmung der Ostzone mit den durch die Währungsreform im Westen wertlos gewordenen Reichsmark-scheinen zu verhindern, mussten die sowjetischen Behörden auch für die SBZ eine Währungsreform durchführen, die wenige Tage nach der westdeutschen, am 23. Juni 1948 vorgenommen wurde.

Auch die Währungsreform im Osten war de facto an eine Wirtschaftsreform gekoppelt. Die Umtausch-Relationen begünstigten eindeutig staatliche gegenüber privaten Eigentumsformen und am 30. Juni 1948 wurde mit der Verkündung eines Zweijahres-Wirtschaftsplanes für 1949–1950 und einem ihm vorgelagerten Halbjahrplan durch die SED der Übergang von der Nachkriegs-Bewirtschaftungsordnung zur Planwirtschaft eingeleitet.

Wie der Warenaustausch zwischen den nunmehr durch verschiedene Währungen getrennte und von ihrer Funktionsweise deutlich unterschiedliche Binnenmärkte vollzogen werden sollte, war ungeklärt. Jedoch kam es, ehe noch darüber nachgedacht werden konnte, in unmittelbarem Zusammenhang mit den Währungsreformen zu Maßnahmen der Alliierten, die den Interzonenhandel monatelang vollständig zusammenbrechen ließen. Als Antwort auf die einseitige Währungsreform in den drei Westzonen und den Versuch, die den sowjetischen Interessen widersprechende wirt-

schaftliche Separierung Westdeutschlands zu verhindern bzw. wenigstens Westberlin finanztechnisch und damit wirtschaftlich der Ostzone anzuschließen, begann die Sowjetische Besatzungsmacht die Warentransporte aus den Westzonen nach Berlin zu blockieren. Daraufhin verhängten die Westmächte eine Gegenblockade, wodurch auch der Warenaustausch der SBZ mit den Westzonen zum Erliegen kam. Die im Juni/Juli 1948 errichteten wechselseitigen Blockaden wurden erst im Mai 1949 wieder aufgehoben. Eine Formel, wie der Warenaustausch zwischen den beiden deutschen Binnenmärkten in Zukunft vollzogen werden sollte, wurde nicht vor Oktober 1949 gefunden, als bereits zwei deutsche Staaten entstanden waren. Die Handelsströme hatten sich aber in der Zeit von Blockade und Gegenblockade in West- wie Ostdeutschland auf die Staaten der Besatzungsmächte bzw. ihrer politischen Verbündeten ausgerichtet. Besonders deutlich wird das am Beispiel der kleineren und deshalb vom Warenaustausch mit dem Ausland stärker abhängigen DDR. Hatten ostdeutsche Betriebe vor dem Zweiten Weltkrieg ihre Waren zu fast zwei Dritteln mit westdeutschen Unternehmen ausgetauscht, so traf das 1950 nur noch für knapp ein Viertel zu. Gleichzeitig war der Anteil der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder am grenzüberschreitenden Warenverkehr von einem Sechstel auf fast zwei Drittel gestiegen. Wertmäßig war der Handel zwischen

Grafik 1



Ost- und Westdeutschland (1950 gegenüber 1936) auf ein Zehntel gefallen. (Vgl. Grafik 1)

Blickt man auf die wirtschaftlichen Ereignisse in Deutschland nach 1945 zurück, die gekennzeichnet sind von der Entwicklung eines anfangs noch aufrechterhaltenen einheitlichen Binnenmarktes zu zwei voneinander abgeschotteten Binnenmärkten und vergleicht die Daten, die die Auseinanderentwicklung bis zur endgültigen Trennung markieren, so wird deutlich, dass sich die politischen Staatsgründungen im Nachvollzug der Entstehung von zwei von einander abgegrenzten Wirtschaftseinheiten vollzogen.

Tatsächlich ist es dann auch eine wirtschaftliche Problematik gewesen, die den Wahlkampf um die Abgeordnetensitze im ersten deutschen Bundestag bestimmt hat. Die CDU hatte im Juli 1949 mit den »Düsseldorfer Leitsätzen« die »Soziale Marktwirtschaft« zum zentralen Wahlkampfthema gemacht. Erhard wie Adenauer attackierten mit scharfen Tönen das planwirtschaftliche Konzept der SPD und der Gewerkschaften. Diese hatten der »freien Marktwirtschaft Professor Erhards« vor den Wahlen den Kampf angesagt und wandte sich gegen dessen diffamierende Ausfälle gegen die von der SPD befürwortete Planwirtschaft: »Wir wollen nicht die Planung jeder Käsescheibe und auch nicht die Sozialisierung der Friseurläden, aber wir wünschen Planung in der Spitze und die Lenkung von Krediten und Rohstoffen für jene Industrie, von denen das Funktionieren der übrigen abhängt.« Erhard urteilte später, auf den Sommer 1949 rückblickend: »Der erste Wahlkampf ist praktisch nur um die Soziale Marktwirtschaft geführt worden und um die Probleme, die sich darum rankten, wie Preise, Selbständigkeit, Freiheit. In jenem ersten Wahlkampf waren »Soziale Marktwirtschaft« und »CDU« zu einer Identität geworden.«

Die Wählerschaft der Bundesrepublik war gespalten. Insgesamt 7,3 Millionen



HO-Warenhaus am Alexanderplatz in Berlin

Foto: dpa

(31,0 %) stimmten für die CDU (25,2 %) bzw. die CSU (5,8 %) und 6,9 Millionen (29,2 %) für die SPD. Adenauer kam nur mit Hilfe einiger kleiner Parteien an die Macht, mit der die Christdemokraten eine Koalition bildeten, und sich so eine äußerst knappe Mehrheit sichern konnten. Dafür scheute er sich nicht, seine Mitte-Rechts-Regierung mit drei Ministern von Parteien zu bilden, die gegen das Grundgesetz gestimmt hatten – CSU und Deutsche Partei.

Im Osten Deutschlands war 1949 der Zweijahresplan angelaufen. Die niedrigen wirtschaftlichen Ausgangswerte verlangten be-

sondere Anstrengungen. Dies sollten durch Entlohnung nach der Arbeitsleistung attraktiv gemacht werden. Doch die Appelle zu höheren Produktionsleistungen in der »Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung« griffen erst, als nicht nur mehr Geld gezahlt sondern auf nachdrückliche Forderungen aus verschiedensten Bevölkerungskreisen hin über die Lebensmittelkartenversorgung hinaus in »freien Läden« Waren von besserer Qualität erworben werden konnten, für die keine Bewirtschaftungsvorschriften mehr galten. Die ersten HO-Läden wurden im November 1948 eingerichtet. Im Jahre 1949 fanden sie über die gesamte Ostzone/DDR Verbreitung.

4. Die wirkliche Legitimationsgrundlage beider deutscher Staaten: Wirtschaftsaufschwung und Verbesserung des Lebensstandards

Wie der Widerstand gegen Preistreiberei im Herbst 1948 im Westen und die Forderungen nach nicht durch Karten limitierten Konsum im Osten im gleichen Zeitraum zeigen, erwartete das Gros der

Bevölkerung in West- und Ostdeutschland von der Regierung – nach den Hungerjahren der Nachkriegszeit völlig verständlich – vor allem eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Die Legitimität

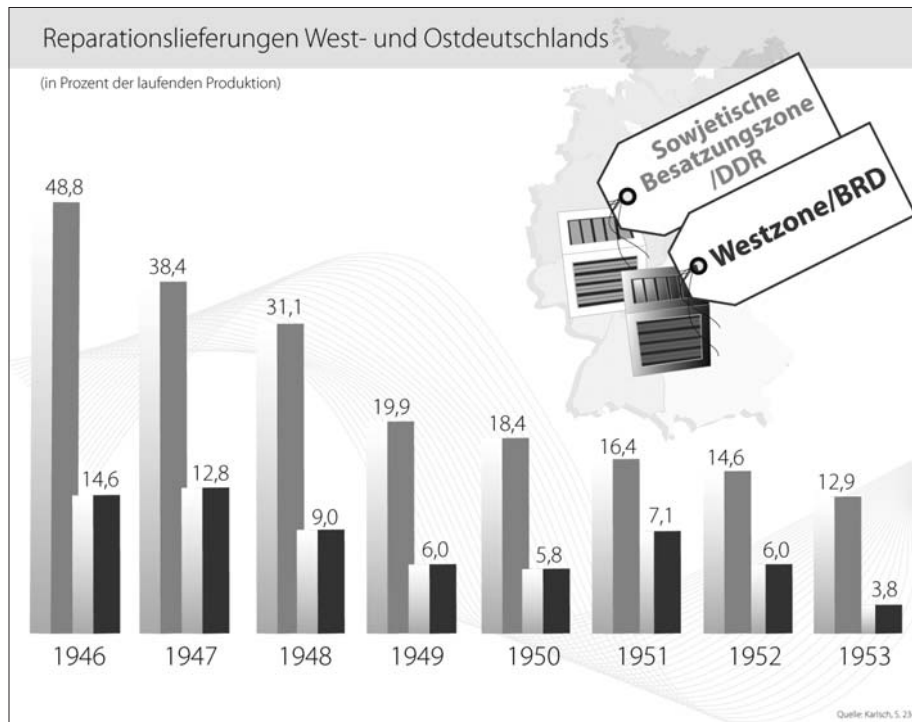
der im Herbst 1949 gebildeten Kabinette Adenauer und Grotewohl wurde in erster Linie an dieser Frage gemessen. Nur eine Minderheit interessierte sich dafür, ob die »Gründungsväter« des Grundgesetzes«

als Abgeordnete demokratisch gewählt oder als Sachverständige administrativ eingesetzt worden waren bzw. ob die Wahl der Vertreter des Deutschen Volksrates, aus dem dann die DDR-Volkskammer hervorging, auf der Grundlage mehrerer Listen oder durch eine Einheitsliste erfolgte. Der Unmut, der sich im Herbst 1948 in der Bizone gegen Erhard richtete

und in Forderungen nach seinem sofortigen Rücktritt gipfelte, hatte seinen Grund nicht darin, dass Erhard sich im Juni zum »Wirtschaftsdiktator« aufgeschwungen hatte, sondern dass seine Reformen einseitig die verhältnismäßig kleine Gruppe der »Währungsgewinner« materiell bevorzugte und den »kleinen Mann« am – von der Währungsreform

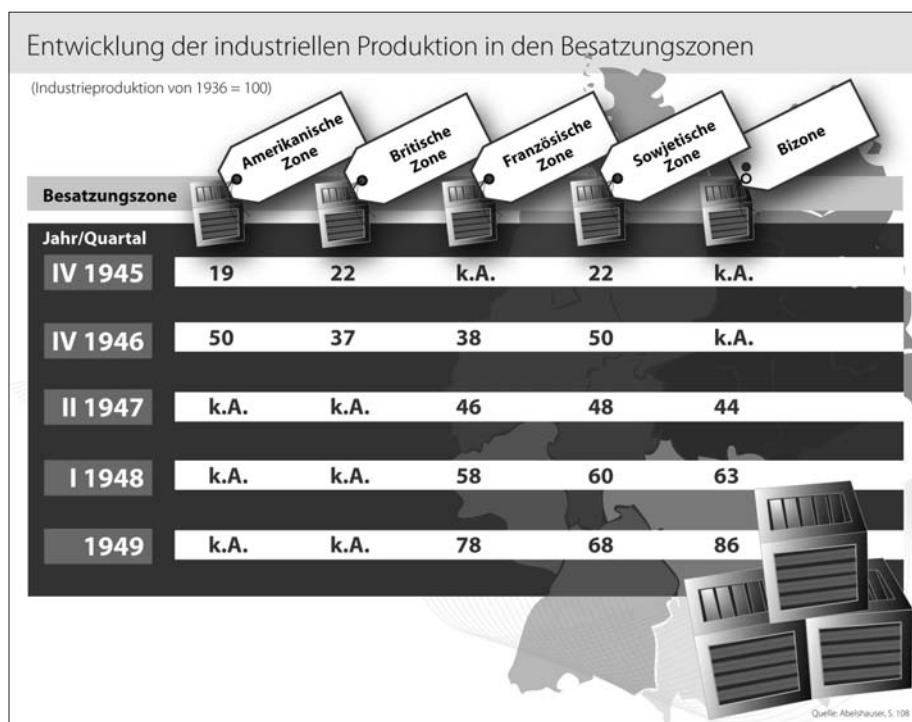
ausgelöst – Wirtschaftsaufschwung kaum teilhaben ließ. Es war die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung die die Westdeutschen zu Bundesbürgern werden ließ, nicht das Studium des Grundgesetzes. Immerhin äußerten im März 1949 noch 40 % der Westdeutschen, ihnen sei die zukünftige Konstitution gleichgültig. Noch im Jahre 1954 kannten mehr als die Hälfte der Bundesbürger das Grundgesetz überhaupt nicht, waren aber bereit, für die CDU zu stimmen, weil auf deren Seite Erhard, der »Vater des Wirtschaftswunders«, stand.

Grafik 2



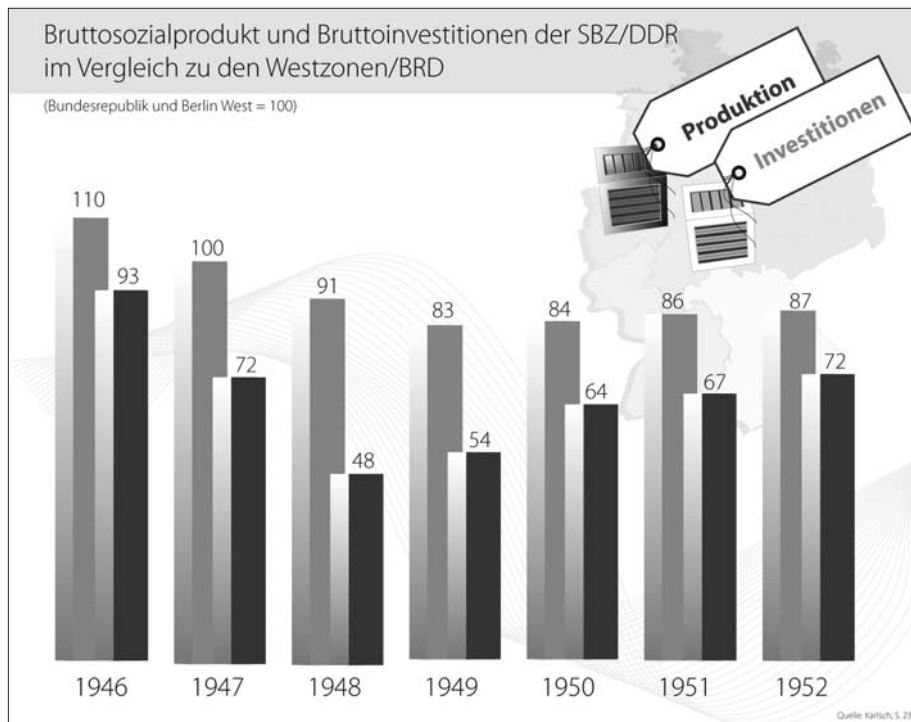
Betrachtet man unter dem Aspekt der besseren Versorgung die Chancen der Regierungen der BRD und der DDR, als legitime Vertreter der Interessen des Volkes angesehen zu werden, so hatte die ostdeutsche Regierung 1949 weitaus schlechtere Karten als die westdeutsche. Das hängt eng mit der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung zusammen, die West- und Ostdeutschland nach 1945 nahmen. Vor dem Kriege hatten das damalige Mitteldeutschland und Westdeutschland annähernd das gleiche Wirtschaftsniveau besessen. Der Krieg hatte in ganz Deutschland zu erheblichen Zerstörungen geführt, jedoch noch nicht zu einem signifikanten Auseinanderdriften der Wirtschaftskraft von West- und Ostdeutschland. Das änderte sich jedoch infolge der unterschiedlichen Reparationslast, die die sowjetische Besatzungszone einerseits und die Westzonen andererseits zu tragen hatten. (Vgl. Grafik 2) Im Jahr der höchsten Belastung – im Jahre 1946 – musste die Ostzone Reparationen im Werte von nahezu der Hälfte ihrer Erzeugung leisten, die Westzonen dagegen, bei größerer Belastung der französischen, gegenüber der britischen und amerikanischen Zone, nur auf ein Siebentel der Erzeugung verzichten. Im Gründungsjahr beider deutscher Staaten betrug die Reparationslast in der DDR noch ein Fünftel, in der Bundesrepublik dagegen nur noch ein Siebzehntel der Erzeugung.

Grafik 3



Die unterschiedliche Reparationslast kam dadurch zustande, dass die Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion aus den Westzonen ab dem Frühjahr 1946 nach und nach eingestellt wurden. Die Sowjetunion hielt sich daraufhin an »ihrer« Zone schadlos. Zwar war in der SBZ der Start aus der wirtschaftlichen Nachkriegslähmung recht gut gelungen, jedoch ließ sich dieses Tempo nicht durchhalten. Was die Industrieproduktion betrifft, so hatten bereits Mitte 1947 die

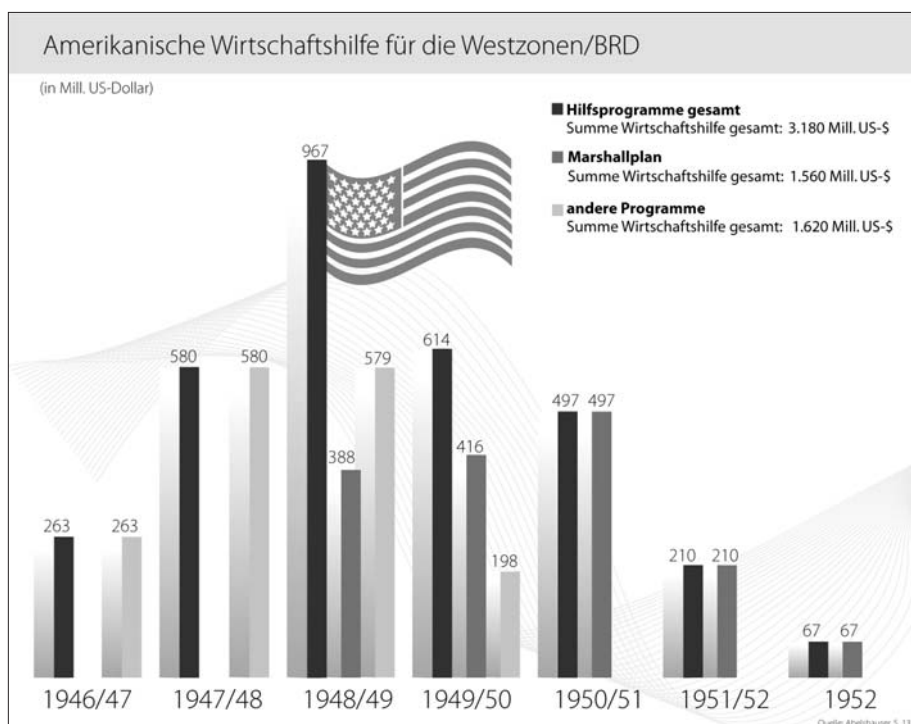
Grafik 4



vergleichsweise wenig belasteten Westzonen aufgeholt, Anfang 1948 die Bizone die SBZ überrundet und 1949, im Gründungsjahr beider deutscher Staaten, lag die SBZ bereits deutlich zurück. (Vgl. Grafik 3)

Das Jahr 1949 war, wenn man die Entwicklung des Bruttosozialprodukts im Westen und Osten vergleicht (Grafik 4), das ungünstigste Jahr für die SBZ/DDR. Die Jahre 1948 und 1949 waren aber zugleich, was den Umfang amerikanischer Hilfslieferungen an industriellen Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Maschinen und Fahrzeugen für Westdeutschland betraf, die umfangreichsten der Nachkriegszeit (Vgl. Grafik 5). Die im Osten aufgrund hoher Reparationsleistungen und dem Ausbleiben fremder Hilfe nur die Hälfte bis zwei Drittel des Westniveaus erreichenden Investitionen bewirkten, dass der Rückstand der SBZ/DDR gegenüber dem Westen Deutschlands auch in den 1949 folgenden Jahren nicht aufgeholt werden konnte. Als in der Bundesrepublik für Otto Normalverbraucher spürbare Verbesserungen im Lebensstandard wirksam zu werden begannen und sein Misstrauen gegenüber dem neuen Staat schwand, wurde der Rückstand der DDR nicht nur in der Produktion, sondern auch bei der Versorgung mit Konsumgütern deutlich. Die zunehmende Diskrepanz im Lebensstandard ließ für viele Ostdeutsche keine Loyalität zu ihrem Staat aufkommen und sie suchten den Anschluss an das Wirtschaftswunder für sich und ihre Familien durch Übersiedlung in den Westen – insgesamt etwa 2,7 Millionen von 18 Millionen Menschen zwischen 1949 und 1961.

Grafik 5



Erst 1959 sanken die Reparationslieferungen der DDR an die Sowjetunion unter ein Prozent der Erzeugung. 1959 wurde im Osten zum Jahr mit dem größten wirtschaftlichen Wachstum in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und war gleichzeitig das Jahr mit der geringsten Zahl von Übersiedlern aus der DDR in den Westen.

5. Statt eines Resümees: Fragen, die sich jeder selbst beantworten kann

Welcher Auffassung würden Sie eher zustimmen? Mit welchen Argumenten aus würden Sie ihre Meinung begründen wollen?

1. Es handelte sich 1949 um eine doppelte Staatsgründung wegen der an nähernden Zeitgleichheit und der vieler Gemeinsamkeiten im politischen Prozess der Entstehung beider deutscher Staaten
oder: um eine wirkliche Staatsgründung (West) einerseits und eine Pseudo-Staatsgründung (Ost) andererseits.
2. Die Staatsgründung war im Westen eine Entscheidung des Volkes, im Osten die einer Besatzungsmacht
oder: Die Staatsgründung vollzog sich unter strikter Kontrolle durch die jeweilige Besatzungsmacht, die sich wichtigste Souveränitätsrechte weiterhin vorbehält.
3. Die Staatsgründung Ost geschah auf der Grundlage sowjetischer Staatstraditionen und im Westen auf der Grundlage der Staatstradition der Weimarer Republik
oder: Die für beide Staatsgründungen geschaffenen Verfassungen gründeten sich trotz mancher Kritik auf der Tradition der Weimarer Republik.
4. Die Staatsgründung im Westen war gesamtdeutsch orientiert, die im Osten vor allem separatistisch
oder: In beiden Fällen betrachteten die Politiker die Staatsgründung als einen Schritt in Richtung künftige Einheit und den neuen Staat als Kern des wieder zu vereinigenden Deutschlands.
5. Bei der Herausbildung zweier deutscher Staaten handelte es sich um einen politisch dominierten Prozess
oder: Bei der Herausbildung zweier deutscher Staaten handelte es sich um einen wirtschaftlich dominierten Prozess.
6. Die sowjetische Seite betrieb mit einer separaten Währungsreform Ost wirtschaftlich die Spaltung während sie die Westalliierten zunächst keine Aktivitäten in diese Richtung unternahmen
oder: Die Westalliierten betrieben die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands,

während die Sowjetunion zunächst keine in diese Richtung unternahm.
Führe Gründe für die jeweilige Einstellung der Alliierten an!

7. Die (durch Erhard) kombinierte Währungs- und Wirtschaftsreform prädestinierte die Entwicklung der Bundesrepublik
oder: Die Entscheidung über die Gestaltung des Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik blieb den Vätern des Grundgesetzes vorbehalten.
8. Das Wirtschaftssystem der späteren DDR wurde mit der Bodenreform und der Verstaatlichung der Großbetriebe von 1945 bzw. 1946 entschieden
oder: Das Wirtschaftssystem der DDR wurde durch Währungsreform 1948 und Zweijahrplan geprägt.
9. Die DDR hatte bei ihrer Gründung auf ökonomischen Gebiet wegen ihrer Hinwendung zur Planwirtschaft einen schlechteren Standwährend die BRD wegen ihrer Akzeptanz der Marktwirtschaft wirtschaftlich weiter vorangekommen war
oder: Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1945 und 1949 in den Westzonen und in der Ostzone war wesentlich durch die ungleiche Verteilung der Reparationslasten (Abzüge vom geschaffenen Produkt) bzw. die einseitige Gewährung von Fördermitteln (Zuführungen zum geschaffenen Produkt) bestimmt.
10. Die Legitimation beider deutscher Staaten entschied sich durch ihre Gründung: Die BRD wurde im Einverständnis mit der Volksmeinung, die DDR ohne Rücksichtnahme auf die Haltung der Bevölkerung gegründet
oder: Die Legitimation beider deutscher Staaten entschied sich nach ihrer Gründung durch verbesserte Wirtschaftsleistung und das Tempo der Steigerung des Lebensstandards. Diesbezüglich hatte die BRD die besseren Karten und verfügte damit auch über die größere Legitimation.
11. Testen Sie Ihre Argumentationssicherheit in Konfrontation mit jenen zeitgenössischen Wahlaussagen der CDU,

die ihr damals halfen, stärkste Partei im Bundestag zu werden.

a) »Wir hatten Glück in jenem Jahr 1948. *Ein Mann* machte Schluss mit der Bezugsscheinwirtschaft, mit Zuteilungen und Schlangestehen. Mutig zerriss er die ›Behördlichen Vorschriften zur Bewirtschaftung gewerblicher Erzeugnisse‹. An Stelle der Kommandowirtschaft setzte er die SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT. Er sagte ›Von jetzt ab ist Geld der einzige Bezugsschein‹. Geld aber wird nicht zugeteilt, es wird durch harte Kopf- und Handarbeit verdient. Darum soll jeder, sei er Arbeiter oder Unternehmer, am ›freien Markt‹ der Wirtschaft verdienen, was Können und Arbeitslust ihm einbringen. Nur das ist die echte soziale Gerechtigkeit!«

b) »Die Währungsreform bringt endlich das lang ersehnte gesunde Geld – jetzt kommt die ungeheure Maschinerie der Versorgung unseres Volkes mit Lebensbedarf wieder in Gang und drei Jahre später läuft die Deutsche Wirtschaft wieder ›volle Kraft voraus!‹ Wer rettete uns aus dem Elend? Es gibt nur eine nüchterne Antwort: unsere Arbeiterschaft und unsere Unternehmer, durch ihre Zusammenarbeit in der Freiheit der SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT!«

c) »Die SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT brachte unseren Frauen im Jahre 1948 die Befreiung von der elenden Kartenwirtschaft. ... Die seitdem vollbrachte Gemeinschaftsleistung der deutschen Arbeiter und Unternehmer, der Wiederaufbau unserer Wirtschaft wird von unseren Frauen anerkannt. ... Unsere Frauen wissen, was freie Auswahl beim Einkauf, was reichliches Angebot und gute Qualität bedeuten. Ihr sicheres Gefühl sagt ihnen: die freie Konkurrenz zwingt die Wirtschaft dazu, immer mehr, immer besser und immer billiger zu produzieren, und bringt uns allen darum ein besseres Leben. Fragt die Frauen! Sie wollen Sicherheit. Aber sie interessieren sich auch für den ›freien Wettbewerb‹, sie lieben die bunte Vielfalt des Lebens. Das graue Einerlei einer staatlichen Befehlswirtschaft lehnen sie ab – sie leben glücklicher in der Freiheit unserer SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT, und sie wissen warum.«

Publikationen zum Thema (Auswahl)

Bücher

Abelshauer, Werner, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, Bonn 2004.

Bender, Peter, Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990, Stuttgart 2007.

Badstübner, Rolf, Vom »Reich« zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999 a

Karlsch, Rainer, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993.

Fülberth, Georg, Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 2007.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986.

Köhler, Henning, Deutschland auf dem Weg zu sich selbst. Eine Jahrhundertgeschichte, Stuttgart/Leipzig 2002.

Prollius, Michael von, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006

Roesler, Jörg, Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945–1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe. Leipzig 2006.

Roesler, Jörg, Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik: Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren, Berlin 2008.

Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR. Erweiterte Neuauflage, Stuttgart 1996.

Weimer, Wolfram, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, Tabellen: 67

Steiner, André, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

Timmermann, Heiner (Hrsg.), Deutschland und Europa nach dem 2. Weltkrieg. Entwicklungen, Verflechtungen, Konflikte, Saarbrücken 1990.

Winkler, August Heinrich, Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933 bis 1990, München 2000, Bonn 2004.

Chroniken und Dokumentenbände

Geschichtliche Zeit-Tafel 1945–1953. Der Kampf um die nationale Einheit und um einen Friedensvertrag mit Deutschland, Berlin 1954.

Lehmann, Hans-Georg, Deutschland-Chronik 1945–2000 Bonn 2002.

Deutschland 1945. Vereinbarungen der Siegermächte (Gesamtdeutsches Institut Seminaraterial zur deutschen Frage.) November 1989.

Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente (Kleine Dokumentensammlung, hrsg. vom Karl Bittel), Berlin (Ost) 1957.

Kleßmann, Christoph/Wagner, Georg, Leben in Deutschland 1945 bis 1990. Texte und Dokumente, München 1993.

Judt, Matthias (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998.

Petrak, Kirsten/Petzina Dietmar/Plumpe, Werner, Adenauers Welt. Ein Lesebuch zur Alltags- und Sozialgeschichte der frühen Bundesrepublik, Essen 2006.

IMPRESSUM

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
info@rosalux.de
www.rosalux.de

WISSENTransfer

Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e. V.
Lange Koppel 120
22926 Ahrensburg
buero@wissenstransfer.info
www.wissenstransfer.info

Fotos: Karl Dietz Verlag Berlin, dpa (1, S. 8)

Vi.S.d.P.: Marion Schütrumpf

rls

WISSEN

Transfer